

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 73.

Breslau, Dienstag, den 27. März 1917.

28. Jahrgang.

Die Kohlensteuer kommt!

Wie die Kohlensteuer kam.

Von Wilhelm Reil, Mitglied des Reichstags.

Die erste Beratung der Kohlensteuervorlage im Hauptausschuss des Reichstags hat sich ziemlich lange hingezogen. Das kam daher, daß das Zentrum wieder einmal in seine Gewohnheit zurückverfiel, sich zunächst ein wenig spröde zu zeigen, um sich im weiteren Verlauf der Beratung umzuwerfen zu lassen und schließlich, wenn seine Wünsche erfüllt sind, mit Jubel und Beifall der Regierung an die Brust zu klopfen.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen in der Presse die bestimmte Ankündigung der demnächstigen Aufhebung des Besultengesetzes zu lesen war. Diese Ankündigung lag noch nicht vor, als der Abgeordnete Erzberger mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit dem Ausschuss anzeigte, daß es geradezu unnützlich sei, mit der Kohlensteuer das Gleichgewicht im Etat für 1917 herbeizuführen zu wollen. Denn die Steuer bringe dem Reich ja gar keine Einnahmen. In einem erheblichen Teil sei das Reich selbst Kohlenverbraucher und müsse mit der linken Hand wieder geben, was es mit der rechten nahm; zu einem anderen Teil werde die Kohle von den Kriegslieferanten verbraucht, die sich durch Preisanschläge, die höher sein würden als die Steuer, zu überzogenen Gewinnen hielten. Schließlich werde das Reich während des Krieges infolge der Kohlensteuer höhere Ausgaben als seine Einnahmen haben.

So der Wortführer des Zentrums bei Beginn der Ausschussberatungen. Es waren seitdem noch keine acht Tage verstrichen, als derselbe Abgeordnete Erzberger seinen Antrag, die Kohlensteuer vom 1. August d. S. in Kraft treten zu lassen, damit sich das Reich die Kohlensteuer zu Lasten der Kriegsregierung aufrechnen lassen könne, dem Reichstag vorlegte.

In der Zwischenzeit hatte sich das Zentrum in einem Wandel getrautet mit dem Antrag, von dem Besultengesetz Material über die Preisbildung der Kohle im Ausland zu verkaufen zu verlangen. Von diesem Material sollte das

Zentrum seine Entscheidung über die Kohlensteuer abhängig machen. Die Regierung entsprach dem Verlangen. Sie bediente sich dabei eines Fachmannes, der ihr vom Abgeordneten Erzberger empfohlen worden war. Das Material fiel jedoch so dürftig aus, daß Erzberger selbst sich darüber lustig machte. Mit vollem Recht, denn die von der Regierung vorgelegten Zahlenzusammenstellungen bewiesen nicht mehr und nicht weniger, als daß der Groß- und der Kleinhandel trotz der ungeheuerlich gestiegenen Kleinverkaufspreise einen lächerlich bescheidenen Gewinn erzielt! Dem Zentrum aber genügte dieses Material, um seine „schweren Bedenken“ gegen die Kohlensteuer zu überwinden. Des Rätsels Lösung ergab sich daraus, daß in der Zwischenzeit die feste Zusage gegeben worden ist, das Besultengesetz aufzuheben. Das deutsche Volk muß also die Zulassung der Besulten ins Gebiet des Deutschen Reichs mit 500 Millionen Mark Kohlensteuer bezahlen.

Nach der Regierungsvorlage sollte die Steuer 20 Prozent des Wertes der Kohle, berechnet nach dem Preis ab Grube, betragen. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen hat diese grundlegende Bestimmung Annahme gefunden. Die große Verbitterung, die sich aus dieser Mehrbelastung der ohnehin unter der Last der Kriegsteuer seufzenden Volkswaffen ergeben wird, suchte man möglichst zu mildern durch Vorschriften zum Schutze des sogenannten Hausbrandes. Selbstverständlich waren auch die Vertreter unserer Fraktion bemüht, die minderbemittelten Kohlenverbraucher gegen die Kohlensteuer zu schützen. Sie wollten den Zechen die gesetzliche Verpflichtung auferlegen, direkt zu Zechenpreisen an Gemeinden und Genossenschaften für Hausbrandzwecke Kohle zu liefern. Die Gemeinden sollten verpflichtet werden, Vorschriften zu treffen, daß den minderbemittelten die Kohle ohne Steueraufschlag geliefert werde. Das Reich sollte in diesen Fällen den Gemeinden die Steuer erlassen. Ein Antrag Erzberger machte sich einige Gedanken über die Möglichkeit, die den Gemeinden auf Verlangen für Hausbrandzwecke von den Zechen geliefert werden, die Steuer „nur“

15 Prozent betragen soll. Von unserer Seite wurde dazu erklärt, daß der Antrag nur dann einen praktischen Zweck habe, wenn den Gemeinden die Pflicht auferlegt wird, die Minderbemittelten mit Hausbrandkohle zu versorgen. Der Antrag Erzberger hat zunächst Annahme gefunden unter der Voraussetzung, daß er eine Grundlage zur Ausschaltung der enormen Handelsprostitute bilden könne, mit denen heute der Kohlenverbrauch belastet ist. Kaum war aber dieser Bescheid gefaßt, lag auch schon ein energischer telegraphischer Einspruch des Kohlen Syndikats vor, das erklärt, die Durchführung der direkten Lieferung an die Gemeinden sei praktisch unmöglich. Wenn man weiß, wie sehr die Zechengesellschaften mit dem Kohlenhandel verknüpft sind, wundere man sich nicht darüber, daß das Syndikat seine schützende Hand über den Handel hält. Sehr wahrscheinlich ist, daß auch die Gemeinden sich entschließen werden gegen die Aufgabe, die ihnen zugeteilt ist. Nachdem die Reichsleitung bei ihren Steuervorschlägen entschieden Gewicht darauf gelegt hat, jede stärkere Anspannung des Beamtenapparats während des Krieges möglichst zu vermeiden, kann man es verstehen, daß die mit der Kriegsvorsorge sehr stark in Anspruch genommenen Gemeinden sich nicht eine große neue Aufgabe zuweisen lassen wollen.

Es ist daher noch sehr zweifelhaft, ob überhaupt die Verschonung des Hausbrands der Minderbemittelten von der Kohlensteuer erreicht wird. Natürlich würde auch die volle Steuerfreiheit des Hausbrandes an unserer grundsätzlichen Stellung zur Kohlensteuer nichts ändern. Die Kohlensteuer belastet die gesamte Warenproduktion in sehr empfindlicher Weise. Sie wird zur weiteren Steigerung der Preise aller Verbrauchsgegenstände stark beitragen. Nach dem Friedensschluß wird sie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt beeinträchtigen. England, der stärkste Rival Deutschlands, schafft während des Krieges nicht neue Produktionsmittel, sondern beschleunigt die Produktion. Deutschland verfährt umgekehrt. Wenn die Sozialdemokratie diese Politik nicht mitmacht, so dient sie im wahrsten Sinne den Interessen des deutschen Volkes.

Die Wirren in Rußland.

Die russische Revolutionsbewegung.

Dem Vorbilde der schwedischen Sozialdemokraten folgten nun auch die norwegischen und dänischen Sozialdemokraten und schickten Begrüßungsgramme an Tschelische. Die dänische Schulbildungsbehörde hat der dänische Ministerstaatsrat unterzeichnet. „Socialdemokraten“ erzählt aus russischen Kreisen, daß Tschelische noch keineswegs in das Kabinett eingetreten sei, weil es im Widerspruch mit der ganzen Politik der Sozialdemokraten stünde, die darin besteht, auf die Interimsregierung einen Druck auszuüben und sie dadurch möglichst nach links zu treiben. So wird man sie wohl von Fall zu Fall unterstützen, aber nicht direkt mit der Regierung zusammenarbeiten, wodurch die Sozialdemokraten ja die Verantwortung für die ganze Regierungspolitik mit übernehmen würden.

Paris, 26. März. „Temps“ meldet aus Petersburg: Die Arbeiter- und Soldaten ausruhmzüge fahren fort, die Verhandlungen der Regierung zu befehlen. Sie verbreiten Aufwühlereien, deren Programm, welches in harschen Tönen gehalten ist, bezeichnenderweise in Kohnilow hat, die den Ausschüssen Befehl erteilt, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die Rußland durch die verlängerten Kabinettverhandlungen drohen können. Die russische Regierung erklärt, daß die Arbeiter, um den Arbeiterbewegung zu predigen, „Journal du Peuple“ melde aus Petersburg, daß die Arbeiter der gemischten Ausschüsse besonders die Verhältnisse in der Provinz, daß gegen den Jaren und seine Familie Vorfälle vorgefallen sind.

Amsterdam, 27. März. „Agence“ meldet aus Petersburg: Nach längerer Beratung im Reichstag hat General Kornilow beschlossen, daß letzterer persönlich die Versammlungen des Ausschusses der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten besuchen und den Abgeordneten klar machen müsse, daß sie während Fortdauer des Krieges und Unterwerfung unter Deutschland zu wählen haben, und daß ein Krieg unmöglich sei, wenn sie mit ihrer letzten Agitation unter den Soldaten fortfahren und das Volk auffordern, nicht auf die Kriegsarbeiter zu verzichten.

Bern, 26. März. „Welt Posten“ meldet aus Petersburg: Augenblicklich ist eine republikanisch-demokratische

Partei in Bildung begriffen. Sie werde Regierungspartei sein und die Kräfte zur Vorbereitung der Wahlen für die konstituierende Versammlung gruppieren; sie werde das Studium der sozialen Fragen bis nach den Wahlen verschieben und ausschließlich nur politische Tätigkeit ausüben. Sie werde in der gegenwärtigen verunsicherten politischen Lage Rußlands eine bedeutende Rolle spielen, ein Gegengewicht zu den sehr wirksamen extremen Parteien bilden und ein eigenes Blatt „Die Republik“ herausgeben.

Die Auffassung in den Reihen der russischen Soldaten ist die, daß eine Revolution für den Frieden augenblicklich wichtiger sei, als für die Freiheit. Vor einigen Tagen ragten in einem Abschnitt aus den feindlichen Schützengräben Tafeln, die den baldigen Frieden ankündigten. Da und dort drangen donnernde Hurras bis in unsere Gräben, die darauf schloßen ließen, daß die Soldaten gute Nachrichten erhielten. In der allgemeinen Lage an der Front hat die Revolution keinerlei Veränderung gebracht. Die nun seit einigen Tagen andauernde Schneemelze verwandelte die feindlichen Stellungen kilometerweit in unpassierbare Schlamm. Das russische Stellungsmey liegt fast durchweg tiefer als das unsrige, hat daher unter dem Dauerwetter mehr zu leiden, als unsere Gräben. In größeren Unternehmungen kam es in den letzten Wochen nirgends.

Die Friedenskundgebung der Arbeiter.

Das von der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ unterdrückte Friedensmanifest des in Petersburg residierenden Arbeiterausschusses lautet wörtlich:

„Arbeiter! Ihr seid die Träger der russischen Umwälzung. Euer Blut ist in Strömen geflossen, damit die Unterdrückten des Volkes geübt und eingelöst werden. Jetzt seid Ihr wiederum betrogen. Ihr wollt Brot, Frieden und Freiheit.“

„Arbeiter! Traut nicht den Versprechungen des Verräters, das den mit eurem Blut erzwungen. Weg für sich auszusprechen trachtet. Arbeiter! Ihr könnt die Herren Rußlands werden. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Friedensverhandlungen. Die unter Aufsicht der Arbeitermacht bedingt durchzuführen sind, dann sofortige Ver-

wirklichung des sozialistischen Problems, unter Lösung aller Kleinigkeiten vom russischen Reich.“

Wir werden unserer Forderung Nachdruck zu geben wissen. red.: Tschelische.

Etwas von bleibendem Wert kann durch die Revolution nur erreicht werden, wenn die Sozialdemokraten so starken Einfluß auf die Bewegung gewinnen, daß sie der Kriegsführung Einhalt tun können. Ganz recht sagt ein dänisches sozialdemokratisches Blatt: „Für das russische Proletariat wie für die Arbeiter aller anderen Länder gibt es nur einen Weg, sich freizumachen, den Weg des Friedens.“

Von der Jarenfamilie.

Hollerhaun, 26. März. Aus Stockholm kommt die Nachricht, daß der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch unter strengster Bewachung nach Petersburg übergeführt wird.

Basel, 26. März. (Frankf. Ztg.) Die Jarenfamilie befindet sich nunmehr vereint in Jaroslawe Selo und wird streng bewacht. Im Schlosse befinden sich außer dem Grafen Wendenborck und dem tschechischen Dolmetscher die notwendige Dienerschaft und das Personal. Der kaiserliche Zar und seine Gattin lassen trotz des ehrenwörtlichen Versprechens mit Nikolai eine lebhaft geführte Korrespondenz unterhalten haben. Um dies verhindern zu können, ordnete der Ministerat ihre sofortige Verhaftung an. Am 19. März erhielt der Großfürst Nikolai von der neuen Regierung eine telegraphische Einladung, und er schloß wahrscheinlich darauf, daß die Duma-Regierung bezüglich seiner Ernennung mit der Rebanregierung der Soldaten- und Arbeiterverbände zu einem Einverständnis gekommen war. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Falle, um den Großfürsten nach Petersburg zu locken (?) und ihn dort unbeschädigt zu machen. Die Verhaftung des Großfürsten dürfte unmittelbar bevorstehen. (?)

Änderung der Heeresführung.

Kopenhagen, 26. März. Nach einer Petersburger Drohmeldung melde der Oberbefehlshaber der russischen Heereskräfte in den Westfronten, daß alle Truppen der Westfronten und der neuen Regierung zur Verfügung stehen. Auf Anregung des Reichsministers wurde ein Kommando zur Aufstellung der besten Heeresleitung nach französischem Muster aufgestellt. Danach wird der Kriegswirtschaftsminister an dem Kriegsmarine- und Luftministerium und dem Minister des Handels und Transportes der Westfronten und

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 20. März. (Amlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Vom Kanal von Kaiser bis auf das Südufer der Scarpe war gestern der Geschützsturm heftig. Im Ansehlände südwestlich von St. Omer...

Westlich des Mittel-Grundes und gegen die Brille Dünkirchen... Der Kanal von Kaiser bis auf das Südufer der Scarpe...

Am 24. März, abends, griff ein Fliegergeschwader Dünkirchen an. Mehrere Brände wurden beobachtet. Gestern verlor der Feind im Luftkampf 11 Flugzeuge.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Kurzer Abendbericht.

Berlin, 20. März, abends. (Amlich.)

Vorpostengefächte bei Legnicourt, nordöstlich von Bayonne und bei Meisel, östlich von Beronne. Gestern im Westen bei schlechtem Wetter nichts Besonderes.

Die Kriegslage im Westen.

Berlin, 27. März. Zwischen Artois und der Maas ist ein gewisser Stillstand zu beobachten. Schon am 20. März war die Verlangsamung der Bewegungen zu erkennen...

Der französische Seeresbericht vom 21. März meldet eine große, für die Franzosen siegreiche Schlacht. In Westfalen haben sie gegen die deutschen Sicherungsabteilungen geschlagen...

Am 22. März fanden ähnliche Zusammenstöße am Crozatkanal und an der Somme statt. Hier hatten unsere Abteilungen die Offensive ergriffen, mit dem Erfolg, daß 230 Gefangene und Fahrzeuge erbeutet wurden.

Die Franzosen erzählen auch von der Eroberung von zwei Forts in der Gegend von La Fere, das ist eine Ueberhebung. Es handelt sich um zwei alte Erdwerke ohne Bedeutung...

Von der fähigen Männerfahrt.

Berlin, 20. März. Nach den Berichten des Grafen von Helldorf über die Fahrt der 'Widwe' gerichte es ihm vor...

Die Opfer des U-Bootkrieges.

Berlin, 20. März. Amlich wird gemeldet: Unter den bereits in früheren Veröffentlichungen im März bekanntgegebenen U-Boots-Opfern befinden sich, wie aus den inzwischen eingegangenen ausführlicheren Meldungen hervorgeht...

Englische Schiffe: Bewaffneter Dampfer 'Dunbar Moor', 3051 Tonnen, mit Getreide, 'Pray Head', 3077 Tonnen, mit Stützgut, 'Harrigan', 4108 Tonnen...

Französische Schiffe: Bewaffneter Dampfer 'Ohio', 8719 Tonnen, mit Munition und Baumwolle, Vollschiff 'Inferno Combes', 2605 Tonnen.

Russische Schiffe: Vollschiff 'Pera', 1737 Tonnen, mit Mais, Segler 'Alma', mit Johannisbrot.

Norwegische Schiffe: Dampfer 'Edvard Grieg', 980 Tonnen, 'Stokstad', 6028 Tonnen, mit Mais, die Segler 'Spartan', 2287 Tonnen, 'Collingwood', 1042 Tonnen...

Amerikanische Dampfer: 'Bilgancia', 4115 T., mit Lebensmitteln für Frankreich, 'Alganania', 2833 T., mit Cellulose.

Der schwedische Dreimastkugler 'Dag' mit Holzladung, der dänische Dampfer 'Rosenborg', der holländische Fischdampfer 'Tres Fratres Margareta', Schiffe, deren Namen beim Nachtangriff über, weil sie keinen Namen an der Bordwand führten...

Norwegen, 20. März. Ein Rettungsboot mit der wälschen Mann Harlan Besatzung des holländischen Fischdampfers 'Tres Fratres' (297 Br.-a.-T.) aus Amsterdam ist gestern vor...

berichtigungsbedürftig, die Zeitung und die Welt...

Nach dem 'Berliner Lokalanzeiger' hat nach Meldungen aus Russland General Peret, der Kommandierende an der Westfront...

Brand in Wladivostok.

Berlin, 20. März. Aus Petersburg wird gemeldet: In Wladivostok brach am 21. März ein Feuer in den Kadettenkasernen aus...

Einzelheiten aus England.

Bern, 20. März. Einiger Blätter melden aus Petersburg, ein Sonderauschuß unter der Aufsicht Kerenski's werde eine genaue Untersuchung der Dokumente aus Postreisen vornehmen.

Die Erklärung des Zentralausschusses der Kadetten und der Dumamitglieder zugunsten der demokratischen Regierung habe großes Aufsehen gemacht...

Kerenski bereite ein Werk vor, das alle Rechtsungleichheit von Klassen, Religionen und Nationalitäten abschaffen soll.

Petersburg, 20. März. Petersburg Telegraphen-Agentur. Die Botschafter von England, Frankreich und Italien haben sich heute ins Rathaus begeben...

Amerikanische Rüstungen.

Washington, 26. März. Das Kriegsdepartement gibt die Aufstellung von 14 Regiments der Nationalgarde verschiedener Staaten zum Bundesdienst bekannt.

Gesf, 26. März. Gestern trat in Washington der Landesverteidigungsrat zu einer Beratung über die Kriegsmassnahmen zusammen. Der Sitzung wohnten außer den Senatsmitgliedern sieben hervorragende Industrielle...

Washington, 20. März. (Neuermeldung.) Außer den gestern auferlegten Truppen sind noch zwanzig weitere Regimenter und fünf Bataillone der Nationalgarde zum Bundesdienst einberufen worden...

Wichtige Minister-Konferenzen. Der österreichisch-ungarische Minister des Äußern, Graf Czernin, ist in Begleitung des Legationsrates Grafen Colloredo-Mannfeld in Berlin eingetroffen.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden. (Erster Druck.)

Theresel, Deine Jade sitzt nicht, sagte Bertha. Sie ist im Stücken viel zu weit. Das hat der Razi auch schon gesagt, entgegnete Theresel. Dann wurde sie vor Berlegenheit flammend rot...

und hat es schon zu einem richtigen Schatz gebracht! rief Bertha aus. Da bist Du weiter gekommen, wie ich. Der Razi, den Stalller, den meinst Du das? Ja, den meine ich, kimmte Theresel zu.

'Razi erzählte mir, wie er ein kleiner Rube war, hat er immer für seinen Vater gebetet und seine Mutter hat es auch getan und sie hat allemal dabei geweint.'

